

X. Nachrichtenagenturen und Pressedienste

1. Die Nachrichtenagenturen des Propagandaministeriums

Das Propagandaministerium hatte sich die ausschließliche Kontrolle über die drei großen Nachrichtenagenturen des Dritten Reiches gesichert: Das „Deutsche Nachrichtenbüro“ (DNB), „Transocean“ (TO) und „Europapress“ (EP) standen unter der Aufsicht seiner Abteilung Deutsche Presse.¹

Das Deutsche Nachrichtenbüro² war 1933 durch die Zwangsfusion von „Wolffs Telegraphischem Büro“ (WTB) und der „Telegraphenunion“ entstanden. Seine Berliner Zentrale unterhielt zwei voneinander unabhängige Redaktionen: „DNB-Inland“ verarbeitete das aus dem In- und Ausland eingehende Nachrichtenmaterial zu verschiedenen Diensten, die teils der Unterrichtung der Presse, teils der Information von Partei- und Staatsstellen dienten, wobei die Verteilerlisten im Propagandaministerium geführt wurden³; „DNB-Ausland“ erstellte demgegenüber einen Dienst, der nur außerhalb Deutschlands verbreitet wurde.

War die Aufgabe des DNB in erster Linie die Beschaffung von Nachrichten und ihre Verbreitung in Deutschland, so waren die beiden anderen Unternehmen echte Auslandsagenturen. Transocean war 1914 mit Unterstützung des Reiches durch Wirtschaftskreise gegründet worden, um vor allem die Nachrichtengebung in den Ländern zu ermöglichen, in denen die wichtigste damals bestehende Agentur WTB aufgrund bestehender Verträge nicht vertreten sein durfte. Während Transocean mit seinen 40 (Stand 1940) eigenen Korrespondenten in erster Linie in Übersee tätig war, sollte sich die 1916 gegründete Europapress, die ihren Sitz in Frankfurt hatte, ganz auf den heimischen Kontinent beschränken; beide Agenturen tauschten ihre Nachrichten aus.⁴

Die prinzipielle Aufgabenverteilung zwischen den drei großen Agenturen konnte aber während des Krieges nicht durchgehalten werden. Insbesondere kam es zu Überschneidungen zwischen der Arbeit von DNB und Transocean. Typisch für die so entstehenden Reibungen ist eine – durch die deutsche Botschaft in Rio veranlaßte – Beschwerde der Presseabteilung des AA bei Transocean über deren Brasilien-Vertreter: durch dessen ständige Berichterstattung nach Deutschland werde die „frühere Interes-

¹ Boelcke, Kriegspropaganda, S. 150f. Neben den drei großen Agenturen existierten noch die auf Wirtschaftsnachrichten spezialisierte „Eildienst GmbH“ und deren für das europäische Ausland arbeitende Tochter „Europaradio GmbH“.

² Ebenda, S. 150f.

³ IfZ, NG 2066, Geschäftsverteilungsplan des Propagandaministeriums, Stand 1941.

⁴ Höhne, a.a.O., Bd. 2, S. 104; H. Stohl, Der drahtlose Nachrichtendienst für Wirtschaft und Politik (Seine Entwicklung und Organisation in Deutschland), Berlin 1931, S. 80ff.; Wilhelm Schwedler, Die Nachrichtenversorgung der Presse. Das Nachrichtenwesen in Deutschland, in: Zeitungswissenschaft 1 (1926), Nr. 11, S. 165–169.

senaufteilung (TO von Deutschland, DNB nach Deutschland) gestört.“⁵ Im späteren Verlauf des Krieges kam der Auslandschef des DNB, v. Ritgen, angesichts einer drohenden Einziehungswelle in einer „Privaten Aufzeichnung“ für Lohse auf das grundsätzliche Problem zu sprechen, „die Frage der unproduktiven Doppel- und dreifachen Arbeit“. Der DNB-Mann beklagte, daß eine Meldung aus dem Ausland parallel von den verschiedenen Agenturen und sonstigen Dienststellen aufgenommen und verbreitet werden würde, was zu einem hohen technischen Aufwand, „Verbrauch von Personal“ und zu „Zeitvergeudung bei denjenigen Schriftleitern und Referenten, die alles lesen müssen“, führe. Auch bei der Funkaufnahme in Berlin werde „doppelt gemoppelt“ und „an den verschiedensten Stellen ... gute Kräfte verbraucht“. Transocean, das seinen Nachrichtendienst früher auf DNB stützte, habe eine enorme Organisation für die Beschaffung von Nachrichten aufgebaut, die sich „kaum noch verlohnen dürfte“. Angesichts kommender Personaleinsparungen kündigte v. Ritgen an: „Das Gegebene für DNB ist es also, den Ersatz ... vornehmlich bei TO, unmittelbar im Anschluß daran bei EP anzufordern.“⁶

Noch im Dezember 1944 beschäftigte sich eine „Hauskonferenz“ des DNB – ganz im Jargon der Kriegsberichterstattung – mit der „Bekämpfung des TO-Einbruchs in die DNB-Stellung“. Hier wurde u. a. beklagt, daß der Anteil der DNB-Meldungen am allgemeinen Nachrichtendienst des Rundfunks um – genau errechnete – 11,2% gesunken sei; als Gegenmaßnahme wurde die Abordnung eines DNB-Vertreters ins OKW erwogen, wo man einen TO-Mann vermutete.⁷

Weitere Probleme ergaben sich aus der nach Beginn des Krieges einsetzenden Expansion von Europapress. Die Agentur baute ihr Korrespondentennetz in Europa erheblich aus und trat auch in außereuropäischen Ländern auf, während Transocean seinerseits begann, sich in Europa auszubreiten.⁸ In mehreren europäischen Staaten richtete EP sogenannte „Abgabedienste“ zur Versorgung der dortigen Presse ein, die teils unter der Firma Europapress, teils getarnt als heimische Unternehmen auftraten. Neben dem bestehenden allgemeinen Dienst wurde 1940 noch ein besonderer Wirtschaftsdienst eingerichtet.⁹ In einer Aufzeichnung des Leiters der Auslandspresseabteilung des Propagandaministeriums, Brauweiler, wird das Ziel dieser Aktivitäten deutlich. Europapress entwickle sich zu einem „Nachrichtendienst für Europa“ und wolle in allen Ländern Europas einen gegenüber DNB völlig selbständigen „Deutsch-

⁵ AA, PresseAbt. lfd. Nr. 39, Presse, Lohse an Harwich (TO), 19. 4. 41. Ebenso entstanden Probleme bei der Abgrenzung der Arbeit der beiden Agenturen in Ostasien: ebenda, v. Ritgen, Aufzeichnung v. 4. 5. 42 u. lfd. Nr. 40, Presse, Lohse an v. Ritgen, 6. 5. 42 und der in dieser Akte enthaltene Schriftwechsel mit der Auslandspresseabteilung des Propagandaministeriums.

⁶ AA, PresseAbt. lfd. Nr. 40, Presse, v. Ritgen an Lohse, undatiert (vermutlich Ende 1942).

⁷ BA, R 34/539, DNB-Personalbüro, Ergebnis der Hauskonferenz v. 13. 12. 44.

⁸ AA, PresseAbt. lfd. Nr. 30, Presse, Europapress an Presseabt. des AA, 20. 8. 40 mit Bericht: Europapress-Arbeit in Holland, Belgien und Frankreich; BA, R 55/286, Revisionsbericht der Neuen Revisions- und Treuhandgesellschaft m.b.H., 25. 2. 41, 27–66; ebenda, Erfolgsbericht des Depeschensbureaus Europapress nach dem Stand von Mitte Juli 1940, 22. 7. 40, 186–195.

⁹ Ebenda, Noesgen (Leiter EP), Denkschrift über Tarnbüros von Nachrichtenagenturen, 1. 7. 44, 163–171. Danach unterhielt EP folgende, teilweise ineinander verschachtelten Firmen: Telegraf-Compagnie G.m.b.H. (Wien), Schweizer-Press-Telegraph (Zürich) mit Skandinavisk Telegrafbureau (Kopenhagen), Skandia Telegrafbureau (Stockholm, Filiale in Helsinki), Press-Telegraph (Oslo) und Press-Telegraph (Amsterdam); ferner Informacic (Budapest); vgl. Boelcke, Macht, S. 489.

land- und Weltendienst“ aufbauen. Offensichtlich war man der Meinung, daß nach dem Fortfall der großen internationalen Agenturen im besetzten Europa neben dem offiziellen DNB Raum für einen weiteren, „europäischen“ Dienst sei. Brauweiler schildert aber auch anschaulich die Schwierigkeiten, die sich durch das Nebeneinander der verschiedenen Gesellschaften einstellten: „Es wird hierzu angeführt, daß in Budapest nicht die gleiche Nachricht aus Lima einmal von dem ungarisch deklarierten Internationalen Nachrichtenbüro [Anm.: eine EP-Tochter] und gleichzeitig von dem deutschen Büro Transocean geliefert werden könne, da damit die deutschen Nachrichten-zusammenhänge zu offensichtlich werden könnten.“¹⁰

Diese „Zusammenhänge“ störten aber auch den Präsidenten des Rechnungshofes, der nicht nur die zahlreichen Überschneidungen in dem kompliziert verschachtelten Europapress-Gebäude bemängelte, sondern allgemein zu der Situation der Agenturen bemerkte: „Ich halte es für unbedingt erforderlich, daß diese verschiedenen Gesellschaften, deren Geschäftsbetrieb ganz überwiegend vom Reich unterhalten wird, nicht neben- und gegeneinander arbeiten.“¹¹

Als solche Vorwürfe unter den Zwängen der verschärften Kriegslage an Gewicht gewannen, fusionierten beide Gesellschaften Ende 1942 – eine Maßnahme, die allerdings nicht zur Verringerung des Personals und der Kosten führte.¹²

2. Einflußmöglichkeiten der Presseabteilung des AA

Offiziell führte der Dienstweg zwischen den großen Agenturen und der Presseabteilung über das Propagandaministerium; alle Meldungen, die das AA durch die Agenturen veröffentlichen lassen wollte, mußten der Presseabteilung der Reichsregierung vorgelegt werden. Trotz dieser prinzipiellen Regelung konnte das Propagandaministerium direkte Kontakte nicht verhindern: Schon aufgrund der Eigenart journalistischer Arbeit hielt beispielsweise der zuständige DNB-Redakteur immer wieder telefonisch Rücksprache mit dem Auswärtigen Amt, um Texte zu aktualisieren, Tatsachenbehauptungen überprüfen zu lassen oder zu klären, in welchem der verschiedenen Dienste bestimmte Meldungen am zweckmäßigsten erscheinen sollten. Durch solche oder ähnliche unkontrollierbare Kontakte entstand ein gewisser Einfluß der Presseabteilung des AA auf die großen Nachrichtenagenturen. Lohse und Schmidt meinen, sich zurückerinnernd, daß der tägliche Umgang mit den Agenturen weitgehend problemlos gewesen sei. Beide seien nahezu jeden Tag in persönlichem Kontakt zur Spitze des DNB gestanden, das selten die vom AA eingereichten Texte von sich aus verändert habe.

¹⁰ BA, R 55/289, Aufzeichnung Brauweiler v. 20. 4. 41, 024–033.

¹¹ Ebenda, Gutachten des Präsidenten des Rechnungshofes des Deutschen Reiches über das Depeschbüro Europapress, 2 ff.; siehe auch BA, R 55/286, Stellungnahme EP v. 16. 5. 41, 339–350, in der dem Rechnungshof-Präsidenten weitgehend recht gegeben wird.

¹² 1943 hatte EP 181, TO 308 Mitarbeiter (Boelcke, Macht, S. 672); nach der Fusion waren es zusammen 512 (IfZ, MA 233, Aufstellung des Propagandaministeriums, Europapress/Transocean, 698 ff.); 1942 betrug die Zuschüsse 6 Mio. RM für TO, 2,6 Mio. RM für EP, nach der Fusion war für das Rechnungsjahr 1943 ein Betrag von 12 Mio. RM vorgesehen (BA, R 55/288, Propagandaministerium an TO-EP, November 1943, 47 f. u. Leiter Abt. Haushalt an Minister, 16. 9. 42, 56).

Die Kontakte zur Transocean-Agentur waren so eng, daß ihr journalistischer Leiter, Werner v. Lojewski, zu den vertraulichen Hintergrundgesprächen der „Mittwochs-runde“ (auf die noch näher einzugehen sein wird) herangezogen wurde – ein Privileg, das Vertretern des DNB nicht zuteil wurde, da diese Agentur doch zu sehr als vom Propagandaministerium beeinflusst galt.¹³

Verlief die Zusammenarbeit mit den Agenturen selbst – sieht man von einigen für das Metier typischen Pannen ab – weitgehend routinemäßig und reibungslos, so entstanden immer wieder Schwierigkeiten mit dem aufsichtführenden Propagandaministerium. Dabei ging es, wie generell in der Auslandspropaganda zu beobachten, nicht um gravierende Unterschiede in der inhaltlichen Gestaltung der Propaganda, sondern in erster Linie um reine Kompetenzfragen, vor allem also darum, wie die durch das AA vertretenen außenpolitischen Interessen des Dritten Reiches in die Nachrichten-gebung einzubringen seien.

Die Presseabteilung des AA versuchte immer wieder, die Einschaltung des Propagandaministeriums in die Nachrichtenübermittlung an das DNB als unzweckmäßig darzustellen oder sie zumindest auf die Funktion einer rein technischen Weiterleitung zu beschränken. So registrierte man in der Presseabteilung wiederholt „unerträgliche Verzögerungen der von hier herausgegebenen Pressenotizen seitens der Presseabteilung der Reichsregierung“. Diese Verzögerungen wurden aber nicht nur als technische Pannen beanstandet, sondern vor allem darauf zurückgeführt, „daß der Herr vom Dienst in der Presseabteilung der Reichsregierung erst völlig überflüssige Rückfragen hier und bei anderen für die Abfassung derartiger Notizen nicht zuständigen Behörden anstellt“. Demgegenüber wurde betont, daß die Pressemeldungen des AA „nach jeder Richtung hin die Autorisation des Herrn Reichsaußenministers haben“, weshalb es völlig unzulässig sei, „die inhaltliche Richtigkeit der Meldung anzuzweifeln“.¹⁴

Die Presseabteilung setzte sich auch gegen Veränderungen ihrer Meldungen durch das Propagandaministerium zur Wehr. Als Schmidt beispielsweise im August 1940 eine für das DNB bestimmte Pressemeldung über einen von ihm veranstalteten Empfang an den Leiter der Abteilung Deutsche Presse, Fritzsche, weitergab, diese dann aber aufgrund einer Anweisung Dietrichs auf einen Satz zusammengestrichen wurde, nahm Schmidt „dies zum Anlaß, um gegenüber einem derartigen Verfahren aufs Schärfste zu protestieren“. Er verwahrte sich – unter ausdrücklicher Berufung auf den Führerbefehl vom 8. September 1939 – dagegen, „daß sich die Presseabteilung der Reichsregierung ein Zensurrecht über Meldungen anmaßt, die von der Presseabteilung des A.A. auf Grund der Geschäftsführung der Reichsregierung dem Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda zur Weitergabe an das DNB ausgehändigt werden“.¹⁵

¹³ Zum Dienstweg siehe die Aufzeichnungen Lohses vom 27.10.40 in: AA, PresseAbt. lfd. Nr. 4, Geschäftsgang; darüber hinausgehende Informationen ergaben die Befragungen von Schmidt und Lohse. Zur Mittwochs-runde vgl. Kapitel XIV, Abschnitt 3 dieser Arbeit.

¹⁴ AA, PresseAbt. lfd. Nr. 39, Presse, Schmidt an Dietrich (Entwurf, undatiert, August 1940). Hier wird Bezug auf eine weitere Beschwerde aus dem gleichen Grund genommen. Über „sehr starke zeitliche Verzögerungen“ beklagt sich auch Lohse in der in Anm.13 zitierten Aufzeichnung.

¹⁵ AA, HA Schmidt 1, Schmidt an Dietrich, 15.8.40, 187 f.

Umgekehrt versuchte die Presseabteilung zu beweisen, daß ihre Nichtbeteiligung an außenpolitischen Meldungen Schaden anrichte: so unterstützte man, nachdem der DNB-Auslandsdienst verfrüht über ein Treffen Franco–Mussolini berichtet hatte, die Beschwerde der italienischen Regierung, nach der diese Meldung „eine unmittelbare Gefährdung der Sicherheit der beiden Staatschefs“ gewesen sei, und forderte, „den verantwortlichen Schriftleiter nachdrücklichst zu verweisen“.¹⁶

Im Sommer 1942 führte die Frage der Beteiligung des AA an außenpolitischen Agenturmeldungen zu einem besonders heftigen Zusammenstoß mit dem Propagandaministerium. Nachdem die Presseabteilung des AA sich in zwei Fällen bei außenpolitisch relevanten Meldungen des DNB durch den Reichspressechef übergangen sah, faßte Schmidt die Kompetenzlage in einer für Dietrich bestimmten, drei Punkte umfassenden Notiz zusammen, die seiner Ansicht nach „nur eine Wiederholung dessen sei, was seit geraumer Zeit als selbstverständlich gelte, aber offenbar von untergeordneten Dienststellen des Herrn Reichspressechefs zuweilen aus mir nicht ganz einleuchtenden Gründen mißachtet würde“.¹⁷ Schmidt stellte fest, daß das AA bei außenpolitischen Meldungen des DNB

- unterrichtet werden müßte, falls eine entsprechende detaillierte Weisung Hitlers an Dietrich vorliege;
- beteiligt werden müßte, wenn die Presseabteilung der Reichsregierung aufgrund einer allgemein gehaltenen Führerweisung tätig werde;
- um eine Entscheidung gebeten werden müßte, falls der Reichspressechef aus eigener Initiative eine entsprechende offizielle Erklärung abgeben wolle.¹⁸

Diese sorgsam abgestuften Mitspracherechte des Auswärtigen Amtes an der außenpolitischen Nachrichtengebung sah man kurz darauf erneut gefährdet, als ein Kommuniqué über einen Besuch Himmlers in Finnland durch das Propagandaministerium ohne vorherige Konsultierung des AA freigegeben und durch das DNB verbreitet wurde. Da das Kommuniqué nicht mit der finnischen Regierung abgestimmt worden war und der Visite – entgegen finnischen Vorstellungen – den Charakter eines Staatsbesuchs zuschrieb, berichtete das AA über eine in Finnland allgemein festzustellende „Verstimmung“ und eine negative Reaktion der dortigen Presse.

Auf diese Weise die außenpolitische Inkompetenz des Propagandaministeriums und ihre negativen Rückwirkungen dokumentierend, glaubte man im AA, in der Frage der prinzipiellen Zuständigkeit für außenpolitische Pressemeldungen nachha-

¹⁶ AA, PresseAbt. lfd. Nr. 39, Presse, Schmidt an Propagandaministerium (Entwurf). Wiederholt suchte man das Prestige des AA als außenpolitische Zentrale des Reiches zu sichern, indem man das Propagandaministerium anlässlich von Agenturmeldungen über Empfänge ausländischer Botschafter bei Goebbels darauf aufmerksam machte, es handele sich „bei Besuchen neuernannter Missionschefs bei den Herren Reichsministern und Reichsleitern lediglich um Höflichkeitsbesuche ..., die in der Presse nicht verzeichnet werden sollen.“ (Ebenda, Lohse (i. A. Schmidts) an Fritzsche, 25. 4. 41; ähnliche Fälle ebenda, Dörnberg an Propagandaministerium, 19. 8. 40 und AA, HA Schmidt 2 a, Schmidt an Ribbentrop, 9. 8. 40, 183.)

¹⁷ Anlaß war die Berichterstattung über den Empfang türkischer Journalisten v. 20. 7. 42 und eine am 27. 7. veröffentlichte Reaktion Dietrichs auf eine Rundfunkrede Hulls gewesen; siehe dazu das von Schmidt vorgelegte Papier v. 13. 8. 42.

¹⁸ AA, HA Schmidt 17, Schmidt an Ribbentrop, 25. 7. 42.

ken zu können. Schmidt ließ sich mit einer (von ihm selbst vorbereiteten) Anweisung des Außenministers ausstatten, um in einem direkten Gespräch mit Dietrich noch einmal auf die Einhaltung bestimmter Grundsätze zu pochen. Es müsse klargestellt werden, so hieß es in der Anweisung Ribbentrops, „daß Veröffentlichungen auf dem Gebiet der Außenpolitik nur vom Auswärtigen Amt vorgenommen bzw. freigegeben werden können. Die Presseabteilung der Reichsregierung hat eine solche Berechtigung nur in den Fällen, in denen der Führer persönlich den Inhalt einer außenpolitischen Veröffentlichung befiehlt. In allen anderen Fällen besitzt sie eine solche Berechtigung nicht, sondern muß vor Veröffentlichungen irgendeiner Meldung außenpolitischen Inhalts vorher die Zustimmung des Auswärtigen Amtes einholen.“ In der Anweisung hieß es ferner: „Sollte die Aussprache keine restlose Klarstellung bringen, daß solche Vorfälle sich nicht wiederholen können, würde der Reichsaußenminister sich zu seinem Bedauern genötigt sehen, den Vorfall beim Führer zur Sprache zu bringen.“¹⁹

Auftragsgemäß meldete sich Schmidt zwei Tage später bei Dietrich und trug die Kompetenzlage aus Sicht des AA vor. Dietrich machte keine Anstalten, in den prinzipiellen Fragen Abstriche von seinen Kompetenzen zu machen. Er versuchte statt dessen, die verschiedenen Vorfälle als eine „Häufung von unglücklichen Umständen in der letzten Zeit“, als „bedauerliche Versehen und Mißgriffe“ darzustellen, und machte für diese Pannen seinen nicht immer vollständig orientierten Stellvertreter Sündermann verantwortlich. Als Schmidt im Laufe des Gesprächs immer wieder auf das „Grundsätzliche“ hinlenkte, auf die „grundsätzliche Festlegung der Verantwortlichkeit und Zuständigkeit des Auswärtigen Amtes bzw. des Herrn Reichsaußenminister für alle außenpolitischen Publikationen“ und schließlich mit der „Klärung durch den Führer“ drohte, konterte Dietrich, er wolle die Zuständigkeiten des AA überhaupt nicht in Frage stellen, und beklagte, Schmidt nutze immer wieder einzelne „Mißgeschicke“ seiner Untergebenen, um ihm dann „vom Grundsätzlichen her ‚eine reinwürgen‘“ zu wollen.²⁰

Die Vorgänge vom Sommer 1942 sind bezeichnend für die Zugangschancen des AA zu den großen Nachrichtenagenturen. Man versuchte, im Laufe der Zeit gewachsene Mitspracherechte bis ins letzte differenziert festzuschreiben, und drohte, als die Panne beim „Finnland-Kommuniqué“ Rückenwind bot, mit der Herbeiführung einer entsprechenden Führerweisung. Auf der Gegenseite gab man sich konzilient, erkannte auch eine prinzipielle Zuständigkeit des AA auf auslandspropagandistischem Gebiet an, ohne sich allerdings auf Differenzierungen oder gar auf die schriftliche Fixierung einer Gegenposition festzulegen²¹. Unter anderen Umständen, so lautete wohl die dahintersteckende Überlegung, würde man die in allgemeiner Form zugestandene Ein-

¹⁹ AA, HA Schmidt 3, Schreiben Feldmark, 13. 8. 42, 948–955.

²⁰ Ebenda, Gesprächsprotokoll Schmidts für Ribbentrop, 15. 8. 42, 940–947.

²¹ Da das Propagandaministerium die vom AA aufgestellten Grundsätze über die Kompetenzlage bei außenpolitischen Presseerklärungen nicht schriftlich bestätigt hatte, beobachtete man in der Presseabteilung sehr genau, ob die vorgeschlagene Verfahrensweise Beachtung fand, als Dietrich am 3. September eine größere außenpolitische Erklärung zur Veröffentlichung bei der Presseabteilung einreichte: AA, HA Schmidt 17, Schmidt an Luther, 9. 9. 42.

schaltung des AA, etwa unter Verweis auf Sach- und Zeitwänge, schon restriktiver interpretieren können.²²

Eine weitere Möglichkeit zur Einflußnahme auf die Nachrichtenagenturen bot die Autorität der deutschen Missionschefs. Analog zum Führerbefehl vom 3. September 1939, der „sämtliche im Auslande befindlichen Vertreter der Zivilbehörden oder der Partei-Dienststellen sowie die von ihnen entsandten Beauftragten zur Unterstützung der Politik des Reiches“²³ den Botschaftern und Gesandten unterstellte, gab es verschiedene Bestrebungen, auch die Tätigkeit der quasi-amtlichen DNB-Korrespondenten ganz der Kontrolle der Auslandsvertretungen zu unterwerfen. So hieß es – unter ausdrücklichem Bezug auf den erwähnten Führererlaß – in einem Entwurf eines Referenten der Presseabteilung für ein Schreiben des Staatssekretärs an das DNB, die Korrespondenten sollten angewiesen werden, „sich genau an die ihnen von den Missionschefs zu erteilenden Instruktionen zu halten“.²⁴ Offensichtlich übertrieben aber zuweilen die Missionschefs bzw. die Pressereferenten an den Auslandsvertretungen ihre Einflußnahme auf die Nachrichtengebung. In einem Rundschreiben an die Missionen konstatierte Schmidt, es sei zwar „eine selbstverständliche Pflicht der Berichterstatter, insbesondere der DNB-Vertreter, von wichtigen Nachrichten die Missionschefs zu informieren“; es ginge aber nicht an, daß diese dann „den deutschen Berichterstattern die Meldung bestimmter Nachrichten einfach ... verbieten“.²⁵ In einem anderen Fall beschwerte sich die DNB-Leitung bei der Presseabteilung, als der Pressereferent in Madrid, Lazar, den dortigen DNB-Vertreter aufforderte, „alle militärischen und wichtigen politischen Meldungen vor Durchgabe nach Berlin in der Botschaft zur Zensur vorzulegen“. Schmidt distanzierte sich von diesem Vorgehen, da er – „abgesehen von der Frage, ob wir dazu formell berechtigt sind“ – aus praktischen Gründen solche Zensurmaßnahmen ablehnte; er glaubte, daß die „Schwierigkeit durch eine freiwillige Vorlage durch die Korrespondenten bei den Presseattachés gelöst werden muß“.²⁶ blieb also die Aufsicht über die DNB-Vertreter unterhalb der Zensurschwelle, so gab es doch gute Gründe für die Korrespondenten, in der Praxis ihre Berichterstattung mit den Missionen abzustimmen und insgesamt ein enges Arbeitsverhältnis mit den Pressereferenten zu suchen, denn letztlich waren sie vom pressepolitischen Apparat der Missionen und auch von der Beurteilung durch sie abhängig.²⁷

²² In der Presseabteilung befürchtete man beispielsweise, Dietrich könne sich auf eine gerade ergangene grundsätzliche Führerweisung stützen, nach der die Reaktion der deutschen Presse „schnell und ohne irgendwelche Verzögerungen zu den großen Ereignissen“ erfolgen müsse, und damit das Genehmigungsverfahren umgehen: ebenda Schmidt an Ribbentrop, 25. 7. 42.

²³ ADAP, D VII, Nr. 574, Verfügung des Führers und Reichskanzlers v. 3. 9. 39.

²⁴ AA, PresseAbt., Handakten Presse gen. (Aufzeichnungen I), Entwurf Krümmer für Staatssekretär v. Januar 1940. Dort heißt es in einer Randbemerkung (in Anspielung auf die Verfügung v. 3. 9. 39): „In diesem Zusammenhang möchte ich auf den Führererlaß hinweisen, demzufolge jeder Deutsche im Auslande dem betreffenden Missionschef untersteht.“

²⁵ AA, Bots. Ankara, Presse u. Propaganda geheim, Bd. 1, Schmidt an Missionen, 23. 3. 42.

²⁶ AA, PresseAbt. lfd. Nr. 32 II, Presse, Schmidt an Tripeloury, 23. 12. 42; zur Einflußnahme auf die Berichterstattung der DNB-Korrespondenten vgl. auch Kapitel VII, Abschnitt 3 dieser Arbeit.

²⁷ Dies wird z. B. an den Vorgängen um den DNB-Vertreter in Bukarest, Schickert, deutlich, der sich anlässlich eines Aufenthaltes in Berlin besorgt bei Lohse erkundigte, ob es wohl richtig sei, daß sich bei der Abteilung „im Laufe der letzten Jahre ... Klagen angesammelt haben, die meine Person betreffen“, und um eine klärende Aussprache bat. Der DNB-Korrespondent

Daneben ergab sich für das AA die Möglichkeit, durch Vereinbarungen mit Agenturen in besetzten oder abhängigen Staaten Einfluß auf die internationalen Nachrichtenmärkte zu nehmen.

So schaltete sich die Presseabteilung in die Verhandlungen zwischen dem DNB und der Agentur der Vichy-Regierung, „Office français d'information“ (OFI)²⁸, ein und wirkte maßgeblich auf den Abschluß eines Vertrages hin. In der am 8. August 1942 in Berlin geschlossenen Vereinbarung mußte sich das OFI verpflichten, seinen Dienst in Europa – mit wenigen Ausnahmen – einzustellen. Als „Gegenleistung“ übernahm die Vichy-Agentur die mehrheitlich im Besitz des DNB befindliche und unter Aufsicht der Besatzungsverwaltung in Paris arbeitende „Agence française d'information de Presse“ (AFIP), so daß von nun an im besetzten wie im unbesetzten Teil des Landes eine einheitliche Nachrichtengebung erfolgte. Ferner wurde vereinbart, daß OFI und DNB ihr Nachrichtenmaterial austauschen sollten. OFI mußte sich darüber hinaus verpflichten, „in keinem seiner Dienste Nachrichten über die Kriegführung Deutschlands und seiner Verbündeten“ zu verbreiten, „die nicht mit deren amtlichen Veröffentlichungen sinngemäß übereinstimmen oder von den zuständigen deutschen Stellen geprüft sind“. In einer Aufzeichnung für Luther gab Schmidt weitere Erläuterungen zu dem Vertrag: die Nachrichtengebung von OFI habe immer wieder zu Beschwerden bei der französischen Regierung Anlaß gegeben. OFI habe in Europa militärische und politische Meldungen verbreitet, „die für uns unerfreulich“ waren. Als Beispiel nannte Schmidt gezielte „Falschmeldungen“, Nachrichten mit geheimen militärischen Details und Berichte, „die Gegensätze und Schwierigkeiten ... in dem Neuen Europa unter deutscher Führung“ aufgezeigt hätten. Durch die umfangreichen Aktivitäten der Vichy-Agentur, die aufgrund des Ausscheidens Frankreichs aus dem Krieg gegenüber Deutschland auf neutralen Nachrichtenmärkten „unnatürliche Vorteile“ gezogen habe, sei dem DNB „eine derartige Konkurrenz entstanden, daß der Vertrag auch vom rein geschäftlichen Gesichtspunkt aus betrachtet“ sich als

hatte allen Grund, sich um ein gutes Einvernehmen mit der Presseabteilung zu sorgen: zu einem späteren Zeitpunkt nämlich ersuchte Lohse den Reichspressechef, wegen – nicht genauer zu ersiehender – Vorfälle die „Abberufung von Schickert unverzüglich in die Wege“ zu leiten. Es bestand also durchaus die Möglichkeit für die Presseabteilung, auf die Personalpolitik des DNB Einfluß zu nehmen – vermutlich vor allem dann, wenn sich das geschädigte „Ansehen“ des Reiches im Ausland ins Spiel bringen ließ (AA, PresseAbt. lfd. Nr. 31 II, Presse, Schickert an Lohse, 23. 10. 43 u. lfd. Nr. 32 II, Presse, Lohse an Koar, 16. 7. 42).

²⁸ Zur Geschichte der französischen Agentur vgl. M. B. Palmer, *L'office français d'information (1940–1944)*, in: *Revue d'histoire de la deuxième guerre mondiale* (1970), H. 101, S. 19–40. Dieser Aufsatz, der im wesentlichen auf den noch auffindbaren Geschäftsunterlagen der Agentur (im französischen Nationalarchiv) beruht, schildert auch die Verhandlungen und die Zusammenarbeit mit dem DNB (bes. S. 30f.), den Vertragstext selbst konnte der Autor aber bei seinen Recherchen nicht ermitteln. Er befindet sich – versteckt – in den Akten der V-Stelle BfI im Politischen Archiv des AA. Nachdem ein Mitarbeiter dieser Dienststelle, in Unkenntnis des Vertrags, Schmidt wegen der Nachrichtenpolitik in Frankreich angegriffen hatte, wehrte sich dieser in einer umfangreichen Aufzeichnung bei dessen Vorgesetzten, Luther, in die er auch eine Abschrift des Vertrages aufnahm (V-Stelle BfI, Organisation des Sonderreferats „Krümmer“, Bd. 1, Schmidt an Luther mit Aufzeichnung v. 14. 9. 42). Schmidt hob hier auch hervor, die Verhandlungen seien „gemäß den Intentionen des Führers und mit Genehmigung des Herrn RAM“ erfolgt. Man habe zur Durchführung der deutschen Interessen den Verhandlungsweg gewählt, um in Zukunft die Zusammenarbeit mit dem OFI reibungslos gestalten zu können.

notwendig erwiesen habe. Das DNB sei erst durch das Abkommen in die Lage versetzt, „nach Beendigung des Krieges ... im Nachrichtenwesen in Europa die absolute Führung zu übernehmen“. Neben der weitgehenden Ausschaltung von OFI in Europa nannte Schmidt noch ein weiteres Motiv für die Kooperation mit der französischen Agentur: außerhalb des Vertrages sei vereinbart worden, daß das OFI seinen Nachrichtendienst nach Mittel- und Südeuropa „wesentlich verstärken und ausbauen“ und gezielt von der Presseabteilung zur Verfügung gestellte Nachrichten dort verbreiten sollte.

Hatte sich die Presseabteilung maßgeblich in die Verhandlungen zwischen dem DNB und dem OFI eingeschaltet, so kooperierte sie im Falle des spanischen EFE direkt mit einer ausländischen Nachrichtenagentur. In dieser Angelegenheit reiste Schmidt im März 1941 nach Spanien, wo er mit dem Außenminister und dem Unterstaatssekretär für Presseangelegenheiten, Llorente, zusammentraf. Verlauf und Ergebnis der Unterredung sind in einem Telegramm des Botschafters Stohrer an das AA zusammengefaßt: danach brachte Schmidt zunächst bestimmte, gegen die deutschen Presseinteressen gerichtete Maßnahmen des EFE-Direktors zur Sprache und konnte feststellen, daß sie durch das spanische Außenministerium nicht gedeckt waren. Da seine Verhandlungspartner nun offenkundig „Entgegenkommen dokumentieren“ wollten, „wurde diese Situation benutzt, um seit langem schwebende Frage der unter spanischer Tarnung geplanten Pressebeeinflussung in Südamerika einer sofortigen präzisen Lösung zuzuführen“. Es gelang Schmidt auch, den Außenminister zu einer generellen Zustimmung zu bewegen und mit dem Unterstaatssekretär folgende Vereinbarung abzuschließen:

„Der Unterstaatssekretär für Presse und Propaganda, Don Antonio Tovar Llorente, und Leiter der Presseabteilung des Auswärtigen Amtes, Gesandter Dr. Schmidt, sind heute übereingekommen, einen die spanischen und deutschen nachrichten- und pressepolitischen Interessen in Südamerika vertretenden Dienst einzurichten. Über Art, Umfang, Technik und Durchführung des Dienstes ist vollständige Übereinstimmung erzielt worden. Die Grundlage und die Einzelheiten der Abmachung werden in einem Protokoll zusammengefaßt. Dieses Protokoll wird bis spätestens am 1. April 1941 – paraphiert vom Unterstaatssekretär D. Antonio Tovar Llorente und vom Gesandten Dr. Schmidt – ausgetauscht werden und inkraft treten.“²⁹

Der Text des Protokolls ließ sich in den Akten des AA nicht feststellen. Nachweisbar ist, daß unter anderem verabredet wurde, über einen spanischen Sender einen aus deutschen Quellen gespeisten „EFE-Südamerika-Dienst“ einzurichten.³⁰ Zentraler Punkt des Abkommens soll aber, folgt man der Erinnerung Schmidts, die Absprache gewesen sein, die von EFE in Südamerika aufgenommenen Nachrichten dem deutschen Auswärtigen Amt zur Verfügung zu stellen; dieser Kanal soll in der folgenden Zeit eine der wichtigsten Informationsquellen der AA-Führungsspitze gewesen sein.³¹ Im übrigen war Spanien dem AA aber auch bei der Nutzung anderer Informationsquellen behilflich: Madrid gab der deutschen Botschaft Einblick in den Telegramm-

²⁹ AA, Büro StSchr., Spanien Bd. 3, Botschaft Madrid an AA, 754 f.; vgl. dazu Rainer Pommerin, *Das Dritte Reich und Lateinamerika. Die deutsche Politik gegenüber Süd- und Mittelamerika 1939–1942*, Düsseldorf 1977, S. 297 f.

³⁰ Vgl. Klaus-Jörg Ruhl, *Spanien im Zweiten Weltkrieg. Franco, die Falange und das „Dritte Reich“*, Hamburg 1975, S. 45 f.

³¹ Befragung Schmidt.

verkehr mit seinen Missionen in den Ländern, die für die Deutschen nicht mehr erreichbar waren, und stellte ihr Material zur Verfügung, das beim Abhören der alliierten Vertretungen in Spanien anfiel.³²

3. Transkontinent Press

Am 7. Oktober 1939 machte der Leiter des Referates Deutsche Presse der Presseabteilung des AA, Lohse, einen Vorschlag zur „Sofortige[n] Einrichtung eines Südost Nachrichtendienstes“.³³ „Ziel und Zweck“ dieser Einrichtung sollten sein:

„1) Import aller Nachrichten Südosteuropas und Vorderasiens, Sammlung in Wien, Bearbeitung und Belieferung der neutralen Korrespondenten in Wien und Berlin mit diesem Material in Form einer Korrespondenz.

2) Export des so bearbeiteten Materials von Wien nach dem Südosten und Vorderasien durch Verteilerstationen in allen Hauptstädten des Südostens. Die Bearbeitung erfolgt nach den Richtlinien des Auswärtigen Amtes, das eigene Meldungen diesem Wiener Dienst beifügt.“

Die Notwendigkeit dieses Dienstes ergab sich für Lohse aus der Stärke Frankreichs und Großbritanniens auf den Balkan-Nachrichtmärkten, die „ihre Nachrichtendienste für sehr billiges Geld an die Presse des Südostens“ abgaben. Die neue Nachrichtenagentur solle dem „bestehenden, tadellos funktionierenden Korrespondentenstab“ des „Südost-Echos“, einer Wiener Korrespondenz, angegliedert werden; in jeder Hauptstadt des Südostens müsse man eine Agentur einrichten. Dieser Vorschlag kursierte bereits seit dem 8. September 1939 als Entwurf³⁴ in der Presseabteilung des AA. Die „seit langem schwebenden Fragen der Einrichtung dieses Südostdienstes“ hatten Lohse aber schon im Juli 1938 interessiert.³⁵ Damals hatte er bereits einen – ähnlich strukturierten – Informationsdienst für den Balkan vorgeschlagen, den er mit der Überlegenheit einer tschechischen Nachrichtenagentur und der Abwanderung von Auslandsjournalisten von Wien nach Prag begründet hatte.

Am 16. November 1939 konnte Schmidt seinem Referenten die Genehmigung seiner Pläne durch den Minister mitteilen; dessen Einverständnis war an die „strikte Weisung“ geknüpft, „daß Wien in keiner Weise als Zentrale oder besonders wichtige Arbeitsstelle in Erscheinung treten dürfte“.³⁶ Am 5. Dezember erfolgte die notwendige Genehmigung durch Rienhardt, den Stellvertreter Amanns und „Stabsleiter“ im Reichsverband der Deutschen Zeitungsverleger.³⁷

Bereits am 21. November hatte die erste „Gesellschafter-Versammlung“ des nun „Südost-Dienst“ genannten Unternehmens stattgefunden.³⁸ Als Gesellschafter traten Verlagsdirektor und Hauptschriftleiter der Agentur sowie Lohse und der Südostrefe-

³² ADAP, D VIII, Nr. 284, Botschafter Stohrer an AA, 19.10.39; D X, Nr. 225, Botschafter an AA, 25.7.40.

³³ AA, PresseAbt. lfd. Nr. 57 II, Zeitschriften, Aufzeichnung v. 7.10.39.

³⁴ Ebenda, Aufzeichnung v. 8.9.39.

³⁵ Ebenda, Aufzeichnung: Einrichtung eines Informationsdienstes auf dem Balkan, 8.7.38.

³⁶ Ebenda, Notiz Schmidt, 16.11.39.

³⁷ Ebenda, Aufzeichnung Fischer, 29.1.40.

³⁸ Ebenda, Niederschrift 21.11.39.

rent der Presseabteilung auf. Die ursprünglich geplante Rolle des ehemaligen Leiters der Presseabteilung, Aschmann, in diesem Unternehmen als „der formalrechtliche Strohmann“ war offensichtlich am Widerstand Schmidts gescheitert.³⁹

Die Form der GmbH hatte man – üblich für solche nachgeordneten propagandistischen Einrichtungen – aus „juristischen und politischen Gründen“, aus „Tarnungsgründen“ gewählt.⁴⁰ Im übrigen mußten sich die „Gesellschafter“ durch notarielle Erklärungen verpflichten, ihre Anteile jederzeit einem „Vertrauensmann des Reichsaußenministers“, nämlich dem Leiter der Presseabteilung, abzutreten.⁴¹ Ein erster „Geschäftsbericht“ für 1939 gibt einen Überblick über die Aufbauphase des „Südost-Dienstes“.⁴² Die Organisation hielt sich im wesentlichen an die Vorschläge Lohses. Die Agentur sollte nun den Namen „Transkontinent Press“ führen und acht Korrespondentenbüros unterhalten⁴³; dabei stützte man sich wesentlich auf die bestehenden Einrichtungen des „Südost-Echos“ in Wien. Die Finanzierung sollte aus dem „Geheimfond“ des AA und durch Zuschüsse der Gesandtschaft erfolgen.⁴⁴ Die Zentrale der Agentur befand sich in Berlin, wo die Hauptschriftleitung „unter politischer Verantwortung“ von Rudolf Fischer stand, der ebenso wie der Leiter des Wiener Büros, Walter Petwaidic, schon seit längerem der Presseabteilung durch diverse journalistische Aufträge verbunden war.⁴⁵ In Wien sammelte man die Berichte der Korrespondenten, legte sie per Fernschreiber Berlin zum Redigieren vor und gab sie wiederum an die Korrespondenten aus.

„Die Aussichten für das Unternehmen sind daher sehr günstig zu beurteilen“, schließt der Bericht – und gerade dies dürfte das Propagandaministerium auf den Plan gerufen haben. Entgegen einer mit dem Leiter der Auslandspresseabteilung des Goebbels-Ressorts im November 1939 getroffenen Vereinbarung, nach der man dort seine Zustimmung für das Projekt gegeben und lediglich die Beteiligung eines „Schriftleiters des Reichsministers für Volksaufklärung und Propaganda“ zur Bedingung gemacht hatte⁴⁶, versuchte nun Dietrich, das Unternehmen zu torpedieren.⁴⁷ Er gab einen Erlaß heraus, der Journalisten die Mitarbeit an Einrichtungen des Auswärtigen Amtes verbot, was für den Südost-Dienst tödlich sein mußte, da seine wichtigsten Mitarbeiter aus finanziellen und Tarnungsgründen nach wie vor hauptberuflich als Korrespondenten von Tageszeitungen arbeiteten. Dietrich versuchte außerdem, die

³⁹ Ebenda, Notiz Schmidt, 16. 11. 39.

⁴⁰ AA, PresseAbt. lfd. Nr. 57 I, Zeitschriften, Schmidt an Rienhardt (Antrag auf Genehmigung), 30. 11. 39.

⁴¹ AA, PresseAbt. lfd. Nr. 57 II, Zeitschriften, Aufzeichnung Lohse v. 7. 10. 39; ebenda, Geschäftsbericht für 1939 v. 14. 2. 40.

⁴² Ebenda.

⁴³ Ebenda: in Budapest, Bukarest, Sofia, Istanbul, Athen, Belgrad, Preßburg, Rom.

⁴⁴ So war es zumindest von Lohse vorgeschlagen worden (Aufzeichnung v. 7. 10. 39). Ob seine Ankündigung „Weitere namhafte Beiträge zum Ausbau der Organisation wird Herr van Raay von seiten der Industrie beschaffen“ verwirklicht wurde, geht aus den Geschäftsberichten nicht hervor.

⁴⁵ Vgl. S. 161 dieser Arbeit.

⁴⁶ AA, PresseAbt. lfd. Nr. 57 II, Zeitschriften, Aufzeichnung Schwörbel (Südostreferent der Presseabteilung) über ein Gespräch mit Bömer, 22. 11. 39.

⁴⁷ Dietrichs im folgenden geschilderten Angriffe sind aus einem Bericht R. Fischers an Schmidt zu entnehmen: ebenda, 29. 1. 40.

Betriebsgenehmigung für die Agentur „durch Intervention bei Dr. Rienhardt bzw. Reichsleiter Amann“ wieder zu kippen, und stellte Fischer in einem Gespräch⁴⁸ vor die Wahl, „entweder die Mitarbeit im Südost-Dienst sofort aufzugeben oder entsprechende Gegenmaßnahmen von ihm erwarten zu müssen“, da Fischer „durch seine enge Zusammenarbeit mit dem Auswärtigen Amt ... zu einem Teilnehmer von Illoyalitäten und Intrigen gegen ihn“ werde. Außerdem, so berichtete Fischer Schmidt, habe der Leiter der Auslandsabteilung des Propagandaministeriums, Bömer, „offenbar im Auftrage des Staatssekretärs Dietrich“ dem Chef der Transocean-Agentur den „Verkehr wie eine Zusammenarbeit mit dem Südost-Dienst verboten“.⁴⁹

Fischer entwickelte nun eine umfassende Argumentation, um die Angriffe gegen die Agentur kontern zu können. Unter anderem betonte er die Notwendigkeit, gegen die westlichen Agenturen auf dem Balkan vorzugehen, die „weit über das übliche Maß“ hinausgehenden Interessen des Reiches am Südosten und die durch einen Probelauf getestete Zuverlässigkeit des Korrespondentennetzes. Vor allem wandte sich Fischer aber gegen den Vorwurf, Transkontinent Press sei – aufgrund der Arbeit anderer deutscher Dienste – überflüssig. Die Agentur sei nur eine „Ergänzung des Transoceanendienstes“, da dieser im Südosten keine Vertretung habe. Auch gehe die Arbeit von Transkontinent über die des DNB hinaus, da dieses nicht „auf den Austausch deutschgefärbter Nachrichten unter den Südoststaaten eingerichtet“ sei – „abgesehen davon, daß dem DNB eine Konkurrenz im Südosten ebenso wenig schaden kann wie in Übersee durch Transocean“. Einige dieser Argumente wurden – zum Teil wörtlich – vom Transkontinent-Geschäftsführer in einem Schreiben an Dietrich⁵⁰ übernommen. Hatte aber Fischers Positionspapier noch die belebende Wirkung der Konkurrenz hervorgehoben, so heißt es hier zum Verhältnis der Agenturen: „Eine Konkurrenz mit bestehenden Diensten (DNB usw.) kann nicht eintreten ...“ Im gleichen Schreiben wird auch auf inzwischen stattgefundene Besprechungen zwischen Schmidt und Bömer verwiesen, in denen eine Einigung über die Arbeit des Südost-Dienstes erzielt werden konnte. Die Presseabteilung der Reichsregierung sollte einen Verbindungsmann in das Berliner Büro entsenden, so daß die Rolle der Agentur „im Kampf des deutschen Nachrichtendienstes gegen ... die feindlichen Agenturen“ gesichert schien.

Doch auch jetzt konnte das Unternehmen, das schon im Januar 1940 „funktionsbereit“⁵¹ gemeldet worden war, seine Arbeit noch nicht aufnehmen, da Dietrich seine Zustimmung von einer Reihe weiterer Forderungen abhängig machte. Vor allem wollte der Reichspressechef von vornherein jeden „schädlichen Wettbewerb“ mit dem DNB ausschließen und Transkontinent als einen „zusätzlichen Sonderdienst“ darauf festlegen, Nachrichten nur aus dem Südosten zu beschaffen und sie auch nur dorthin zu verbreiten sowie „keinerlei Verbindung mit einer Nachrichtenagentur in den betreffenden Ländern“ aufzunehmen.⁵² Zur Sicherung seines Einflusses auf die Agentur hatte Dietrich eine Reihe von organisatorischen Vorkehrungen verlangt, die – nach er-

⁴⁸ Über dieses Gespräch berichtete Fischer am gleichen Tag gesondert: ebenda, Aufzeichnung für Schmidt.

⁴⁹ Wie Anm. 47.

⁵⁰ Ebenda, van Raay an Dietrich, 7. 3. 40.

⁵¹ Wie Anm. 37.

⁵² BA, R 55/281, Dietrich an van Raay, 12. 4. 40, 8 f.

neuten Verhandlungen – „in teilweiser Abänderung dieser Auflagen“ schließlich zu einer neuen Konstruktion der Agentur führten: an die Stelle der Gesellschafterversammlung trat ein „Aufsichtsrat“, der aus Schmidt als Vorsitzendem und je einem Vertreter des Propagandaministeriums und des Wirtschaftsministeriums bestand; die Finanzierung der Agentur sollte zu gleichen Teilen durch das Propagandaministerium und das Auswärtige Amt erfolgen.⁵³

Bereits in der ersten Aufsichtsratssitzung kam es, ausgelöst durch die immer noch nicht geklärte Abgrenzung des Tätigkeitsbereichs von Transkontinent Press, zu einer Konfrontation: Schmidt, so vermerkt das Protokoll, „erbat“ vom Vertreter des Propagandaministeriums, Bömer, „eine Stellungnahme darüber, ob die ... besprochene hälftige Teilung der ... Zuschüsse zwischen dem Auswärtigen Amt und dem Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda noch bestehen bleibe, da bisher Zahlungen vom Propagandaministerium nicht geleistet wurden“. Bömer erklärte darauf zwar seine „grundsätzliche Bereitwilligkeit“, beanstandete aber die Höhe des Etats und den bei Transkontinent Press geplanten Arbeitsaufwand. Vor allem sei „eine Durchgabe von längeren Veröffentlichungen, wie z. B. Führerreden u. dgl., die sowieso über DNB und TO erfolgen würden, unerwünscht“; Transkontinent müsse sich auf Kommentare beschränken.⁵⁴ Nach erneuten Verhandlungen auf Referentenebene konnte sich das Propagandaministerium mit seinen Forderungen weitgehend durchsetzen. Auf einer zweiten Aufsichtsratssitzung wurde beschlossen, den Etat zu begrenzen, und Transkontinent dazu verpflichtet, „sich unbedingt auf Südostfragen [zu] spezialisieren“ und die vom DNB herausgegebenen Communiqués nur in Kurzfassung auszugeben.⁵⁵

Nachdem Dietrich im April 1941 versucht hatte, stärkeren Einfluß auf die Nachrichtengestaltung von Transkontinent zu nehmen, und die Agentur „erneut“ (vermutlich wiederum vergeblich) darauf aufmerksam machte, „daß Ihnen Weisungen für ihren gesamten Geschäftsbereich nur von mir bzw. durch die von mir beauftragten Organe zugehen können“, sowie „jeden direkten Schriftverkehr mit anderen Dienststellen“ verbot⁵⁶, kam im Mai 1941 wiederum ein „Aus“ für Transkontinent: in einem Schreiben, das Goebbels in seiner Eigenschaft als Kulturkammerpräsident gezeichnet hatte, wurde die Südost-Dienst GmbH aus der Pressekammer ausgeschlossen und ihr „die weitere Herausgabe des Dienstes ‚Transkontinent Press‘ mit sofortiger Wirkung“ untersagt.⁵⁷ Der Anlaß für dieses Verbot geht aus den Akten nicht klar hervor. Ver-

⁵³ AA, PresseAbt. lfd. Nr. 57 II, Zeitschriften, Südost-Dienst G.m.b.H., Geschäftsbericht für 1940.

⁵⁴ Ebenda, Protokoll der Aufsichtsratssitzung v. 25. 6. 41. Im Propagandaministerium sah man in der finanziellen Beteiligung eine Möglichkeit zur Einflußnahme auf die Agentur. So heißt es in einer Ministervorlage, die die Billigung Goebbels' fand: „Die Aufgaben des geplanten ‚Süd-Ost-Dienstes‘ überschneiden sich derart mit denen des DNB und des Depeschbüros Europapress GmbH im gleichen Raume, daß die finanzielle Beteiligung an dem neuen Unternehmen als ein notwendiges Mittel bezeichnet werden muß, um erhebliche Schwierigkeiten und Nachteile zu vermeiden.“ (BA, R 55/281, Stellungnahme des Leiters der Haushaltsabteilung zu einem Schreiben Dietrichs an Goebbels v. 20. 4. 40, 25. 4. 40, 11 f.)

⁵⁵ AA, PresseAbt. lfd. Nr. 57 II, Zeitschriften, Protokoll der Aufsichtsratssitzung vom 5. 9. 40.

⁵⁶ AA, PresseAbt. lfd. Nr. 57 I, Zeitschriften, Dietrich an Transkontinent, 7. 4. 41.

⁵⁷ AA, PresseAbt. lfd. Nr. 33, Presse, Goebbels an Südost-Dienst, 26. 5. 41 (Abschrift). Nach dem Verbot forderte Dietrich die Agentur auf, „mir noch heute ... ein Verzeichnis Ihrer Geschäftsstellen im In- und Ausland sowie der dort tätigen Schriftleiter und in- und ausländischen Angestellten einzureichen“. (Ebenda, Dietrich an Südost-Dienst, 30. 5. 41.)

mutlich stand das Vorgehen des Propagandaministeriums in Zusammenhang mit der durch den deutschen Feldzug vom April neu geschaffenen Situation im Südosten und war insbesondere durch die Aktivitäten des AA in den neu eingerichteten Besatzungsverwaltungen und durch die Übernahme der dortigen Propagandaeinrichtungen provoziert worden.⁵⁸ Seitens der Presseabteilung jedenfalls sah man „Neid und Mißgunst“ im Vorgehen der Gegenseite, die nicht habe ertragen können, daß „sich unter der Führung der Presseabteilung des Auswärtigen Amtes ein Dienst entwickelte, der nicht nur ständig steigende Abdruckerfolge im Ausland zu verzeichnen hatte, sondern dessen pressepolitische Leistungen unvergleichlich größer waren als die des riesigen Apparates des Deutschen Nachrichtenbüros“.⁵⁹

Im Propagandaministerium versuchte man nun, den Apparat der Agentur in einen eilig geschaffenen „Südostfunk“, der als Tochter des DNB konzipiert war, zu übernehmen. So wurde einer der Mitarbeiter der Agentur ins Propagandaministerium gerufen, wo er „in Gegenwart leitender Herren des DNB“ dazu aufgefordert wurde, sofort für diese Agentur zu arbeiten. Angesichts der „problematischen Umstände“ willigte er ein, mußte sich aber gegenüber Transkontinent schriftlich verpflichten, die „Geschäftsgeheimnisse“ seines alten Arbeitgebers zu wahren, „insbesondere“ die Nachrichtenquellen und -übermittlungswege sowie die Abnehmer des Dienstes.⁶⁰

Am gleichen Tag versuchte der Leiter des DNB, die Presseabteilung des AA davon zu überzeugen, daß das Propagandaministerium gar nicht an einem Verbot von Transkontinent interessiert sei, sondern durchaus die Fortsetzung seiner Arbeit wünsche. Das DNB sei zwar in der Lage, „den Balkan von sich aus mit besonderem Nachrichtenmaterial zu versehen“, sähe es aber trotzdem gerne, wenn Transkontinent „wie bisher praktisch weiterarbeite, und zwar kameradschaftlich zusammen mit dem DNB, das die Meldungen dann von sich aus herausgeben würde“.⁶¹

Im AA nahm man solche und ähnliche⁶² Vorschläge als Beweis für die organisatorische Schwäche des DNB auf dem Balkan, der aus eigener Kraft nicht in der Lage sei, Transkontinent zu ersetzen, und so, „auf kaltem Wege“, versuche, „die Erbschaft von TP antreten zu können“. Daher sah Schmidt auch Chancen für ein Weiterbestehen der Agentur. Er setzte zwar Lohse als Liquidator der Gesellschaft ein, teilte jedoch dem Reichspressechef mit, er wolle „den Apparat unter Beibehaltung sämtlicher Kräfte aufrecht“ erhalten, „um ihn zur gegebenen Zeit wieder in Funktion setzen zu können“.⁶³

Die Bemühungen um eine Weiterführung von Transkontinent dauerten diesmal sechs Monate. Im Propagandaministerium verfolgte man das Ziel, den Apparat der Agentur in das DNB einzubauen; als vorläufiger Ersatz und spätere Auffangeinrichtung bestand der dem DNB angegliederte „Südostfunk“. Das Auswärtige Amt setzte auf eine Wiedereröffnung der Agentur unter seiner Regie; mit verschiedenen Mitteln versuchte man, den geringen Leistungsstand des DNB nachzuweisen und wurde nicht

⁵⁸ Vgl. Kapitel IX, Abschnitt 7 dieser Arbeit.

⁵⁹ AA, PresseAbt. lfd. Nr. 33, Presse, Schmidt an Ribbentrop, 4. 12. 41.

⁶⁰ AA, PresseAbt. lfd. Nr. 57 I, Zeitschriften, Hartmann an Transkontinent, 31. 5. 41, Transkontinent an Hartmann, datiert auf den 3. 5. 41.

⁶¹ AA, PresseAbt. lfd. Nr. 33, Presse, Bormann (Presseabteilung) an Lohse, 31. 5. 41.

⁶² Darüber ebenda, Lohse an Schmidt, 16. 7. 41.

⁶³ So Schmidt in seinem zusammenfassenden Bericht an den Minister: ebenda, 4. 12. 41.

müde, den durch Fortfall von Transkontinent angerichteten Schaden dramatisch auszumalen. So forderte die Presseabteilung die Missionen im Südosten auf, über die Reaktionen auf die Einstellung von Transkontinent zu berichten: Budapest meldete daraufhin, das Ende von Transkontinent mache den „schlechtesten Eindruck“, Bukarest äußerte die „schwersten politischen Bedenken“ und befürchtete eine „Erschütterung des Vertrauens in den Aufbau und die Beständigkeit des deutschen Nachrichtenwesens“, Belgrad nannte die Auswirkungen „außerordentlich schädlich“, und Sofia bezeichnete die offiziell ausgegebene Begründung, der Dienst sei aus organisatorischen Gründen eingestellt, als „unglaublich“ – Hiobsbotschaften, die der Presseabteilung nicht ungelegen kamen.⁶⁴ Darüber hinaus konnte Schmidt auf Reaktionen der Regierungen Ungarns, Rumäniens und Bulgariens verweisen, die, in einer aus den Akten nicht mehr rekonstruierbaren Form, „auf die durch die Auflösung von TP eingetretenen Nachteile aufmerksam machten“.⁶⁵ Die Tatsache, daß das AA, gestützt auf seinen umfangreichen Apparat und seine guten pressepolitischen Beziehungen im Südosten, wiederholt und eindrucksvoll die Folgen der „völlig ungerechtfertigten Aufgabe eines für die Interessen des Reiches außerordentlich wichtigen Nachrichteninstrumentes“⁶⁶ dokumentieren konnte, dürfte beim Reichspressechef und beim DNB die Bereitschaft zum Kompromiß gefördert haben. Hinzu kam, daß das Propagandaministerium nach wie vor erhebliche Summen, die eigentlich für den Südostfunk des DNB vorgesehen waren, für Transkontinent aufwenden mußte, dessen Liquidation seitens des AA natürlich nicht mit der größtmöglichen Schnelligkeit betrieben wurde.⁶⁷

Nach verschiedenen Vorgesprächen nahm Lohse im Oktober offizielle Verhandlungen mit dem Direktor des DNB, Albrecht, auf, der von Dietrich auch ausdrücklich als Verhandlungsführer des Propagandaministeriums autorisiert worden war.⁶⁸ Als bald wurde tatsächlich – wohl erleichtert durch das um die gleiche Zeit abgeschlossene generelle Arbeitsabkommen zwischen Ribbentrop und Goebbels – eine neue Konstruktion für Transkontinent gefunden: die Agentur sollte unter ihrem alten Namen, mit dem Südostfunk verschmolzen, die Arbeit wieder aufnehmen. Die Geschäftsanteile gingen auf das DNB über, die Finanzierung erfolgte durch das Propagandaministerium. Maßgeblichen Einfluß auf die Führung des Unternehmens hatte der Aufsichtsrat, in dem neben Schmidt als Vorsitzendem ein Vertreter des Propagandaministe-

⁶⁴ Ebenda die Telegramme der Missionen. Ein entsprechendes Rundschreiben der Presseabteilung war am 27. 5. herausgegangen.

⁶⁵ Wie Anm. 63.

⁶⁶ Ebenda.

⁶⁷ Zur weiteren Finanzierung durch das Propagandaministerium: BA, R 55/281, 19–26. Auf der anderen Seite hatte auch der Leiter des Südost-Dienstes Schwierigkeiten, „den Apparat weiter zusammenzuhalten“. Die Korrespondenten drohten abgeworben zu werden; um dies zu verhindern, wurde u. a. der Plan erwogen, einige Journalisten zwischenzeitlich als Korrespondenten von Balkan-Zeitungen in Berlin akkreditieren zu lassen: AA, PresseAbt. lfd. Nr. 33, Presse, Südost-Dienst an Lohse und Schmidt, 22. 7. 41.

⁶⁸ Wie Anm. 63. Als die Verhandlungen zu scheitern drohten, war von Lohse eine Variante vorgeschlagen worden: Transkontinent sollte in die Mundus AG, eine gemeinsam von AA und Reichsleiter Amann betriebene Holdinggesellschaft für Verlage, eingebaut werden. Auf diese Weise hoffte Lohse, das Propagandaministerium umgehen zu können. Diese Überlegungen wurden aber hinfällig, als die Mundus AG in das Abkommen zwischen AA und Propagandaministerium v. 22. 10. 41 einbezogen wurde (AA, PresseAbt. lfd. Nr. 57 II, Zeitschriften, Lohse an Schmidt, 12. 8. 41).

riums und Albrecht saßen. An der Aufsicht über die Nachrichtengebung der Agentur waren beide Ministerien beteiligt. Die Redaktion sollte nach „freiem Ermessen“ arbeiten, aber im „Rahmen der Richtlinien des Reichspressechefs sowie der vom Leiter der Presseabteilung des Auswärtigen Amtes, den besonderen Bedürfnissen des TP-Dienstes entsprechend, gegebenen außenpolitischen Gesichtspunkten und Informationen“⁶⁹.

Mit dieser Beschreibung gaben beide Ministerien zu erkennen, daß die Frage der nachrichtenpolitischen Kompetenz über die Agentur nicht prinzipiell zu klären war, sondern, wie in anderen umstrittenen Fragen auch, dem freien Spiel der Kräfte überlassen bleiben mußte. Sollten also zwischen den „Richtlinien des Reichspressechefs“ und den „außenpolitischen Gesichtspunkten und Informationen“ des Auswärtigen Amtes Differenzen auftreten, wurde eine Entscheidung – vergleichbar etwa mit den Vorgängen um die Tagesparolenkonferenz⁷⁰ – durch das jeweilige Durchsetzungsvermögen der beiden Ministerien im konkreten Einzelfall herbeigeführt.

Außerdem wurde Transkontinent verpflichtet, die Verbreitung des OKW-Berichts und weitestgehend auch der deutschen amtlichen Kommunikés dem DNB zu überlassen. Die Dienste sollten zwar ihr Material austauschen, aber „beiderseits auf eine strenge Trennung“ achten, also Meldungen der anderen Agentur nur umgearbeitet oder kommentiert übernehmen. Auf diese Weise sollte die direkte Konkurrenz vermieden werden. In der so zustande gekommenen organisatorischen Form scheint die Agentur – nun mit insgesamt zehn Korrespondentenbüros – bis gegen Kriegsende weitergearbeitet zu haben.⁷¹ Jetzt zwar formell ein „Betriebssteil“⁷² des DNB, dürfte sie aber auch weiterhin unter dem maßgeblichen Einfluß der Presseabteilung des AA gestanden haben. Neben den Einwirkungsmöglichkeiten über den Aufsichtsrat und das im Grundsatz zugestandene Mitwirkungsrecht bei der Nachrichtengebung hatte die

⁶⁹ Das Ergebnis der Verhandlungen wurde in einem Schreiben Lohses an das DNB zusammengefaßt: AA, PresseAbt. lfd. Nr. 33, Presse, 14. 11. 41. Grundlage dieser Vereinbarung war ein Fünf-Punkte-Papier, auf das sich beide Seiten im Oktober geeinigt hatten: ebenda, Lohse an Albrecht (DNB), 6. 10. 41 und Antwort v. 8. 10. 41. Das Hauptproblem bei den abschließenden Verhandlungen war, daß Dietrich Rudolf Fischer, der dem AA sehr eng verbunden war, nicht als „Politischen Leiter“ der Agentur akzeptieren wollte: ebenda, Aufzeichnung Lohses über ein Telefonat mit Dietrichs Mitarbeiter Lorenz, 14. 11. 41. Dietrich gab dann aber doch, zumindest für eine Übergangszeit, seine Einwilligung. Durch die neue Lösung wurde eine Veränderung des Gesellschaftsvertrags v. 25. 11. 39 notwendig: ebenda – Über die Wiederaufnahme der Tätigkeit von Transkontinent wurden ihre Kunden durch folgende Verlautbarung informiert: „Mit dem 17. November stellt die Agentur Südost-Funk ihre Tätigkeit ein. Die Agentur Transkontinent-Press wird die Arbeit am 18. November wieder aufnehmen.“ (Wie Anm. 63).

⁷⁰ Zur Tagesparole vgl. Kapitel XIV, Abschnitt 2 dieser Arbeit.

⁷¹ Die Aktenüberlieferung im AA endet im wesentlichen mit der Einigung vom Herbst 1941. Weitere Hinweise auf die Arbeit enthält der Geschäftsbericht für 1942 (AA, PresseAbt., Berichte, Südost-Dienst): danach traten zu den acht Korrespondentenbüros (vgl. Anm. 43) noch Prag und Agram hinzu. Vgl. auch die Anfang 1943 im Propagandaministerium angestellten Überlegungen über die Finanzierung (BA, R 55/281, 40–41). Im September 1944 forderte der Reichspressechef den Reichsverband der deutschen Presse auf, zwei Korrespondenten der Transkontinent in der Türkei von der Schriftleiterliste zu streichen, da beide „zum Feind übergegangen“ seien (BA, R 103/78, 22. 9. 44).

⁷² So lautete die Formulierung in einer Aufstellung v. 10. 6. 43: IfZ, MA 128/3, 694.

Presseabteilung vor allem enge Verbindungen zu den Mitarbeitern der Agentur, die ja zum größten Teil durch sie eingestellt worden waren, und konnte über den im allgemeinen auf dem Balkan stark vertretenen Apparat des AA großen Einfluß auf die Korrespondenten ausüben. Die Presseberichterstattung der Auslandsvertretungen war praktisch die einzige Möglichkeit, die Erfolge von Transkontinent wirksam zu kontrollieren und dementsprechend zu dokumentieren.⁷³

4. Radio Mundial

Parallel zu Transkontinent wurde seitens der Rundfunkabteilung des AA mit der Gründung von „Radio Mundial“ ein ähnliches Agentur-Projekt betrieben. Die Schwierigkeiten, die auch dieser Versuch einer Durchbrechung des Nachrichtenmonopols des Propagandaministeriums hatte, sind mit denen von Transkontinent vergleichbar.

Die Idee einer im neutralen Ausland getarnt arbeitenden deutschen Rundfunknachrichtenagentur stammte ursprünglich aus der Auslandsabteilung der Reichsrundfunkgesellschaft und wurde Ende 1940 von den Rundfunkpolitikern des AA aufgenommen. Im November/Dezember 1940 wurden weitreichende Pläne, einschließlich der Einrichtung eines eigenen Nachrichtensenders, formuliert, die aber Anfang 1941 drastisch reduziert wurden.⁷⁴

Die Wiederbelebung des Projekts nach den propagandistischen Erfolgen des AA im Zusammenhang mit dem Balkanfeldzug führten im Juli 1941 zur Gründung von „Radio Mundial“ in Lissabon, wobei Portugiesen als Strohmänner der Gesellschaft präsentiert wurden.⁷⁵ Auf der Suche nach einer Relaisstation für eine Fernschreibverbindung nach Berlin geriet das AA zuerst an die vom Propagandaministerium in Genf betriebene Agentur „Telepress“, der aber eine Mitarbeit durch ihre Berliner Vorgesetzten verboten wurde. Ersatz bot sich durch die Einrichtung einer Station in Paris; außerdem gelang es Mundial, in mehreren europäischen Hauptstädten Zweigstellen zu errichten. Gelenkt durch eine Zentrale in Berlin, konnte die Agentur am 1. Dezember 1941 ihren Dienst aufnehmen.

Die umfassenden Aktivitäten des Auswärtigen Amtes, das in Sachen Mundial Kontakte in immer neue Staaten knüpfte, hatten aber bereits im September 1941 zur Enttarnung der deutschen Hintermänner der vorgeblich portugiesischen Agentur geführt, so daß das Projekt eigentlich vor seinem Start bereits gescheitert war.⁷⁶ Widerstand gegen Mundial kam aber auch vom Reichspressechef Dietrich, der in den zahlreichen ausländischen Mitarbeitern der Agentur und ihren bis nach Großbritannien reichenden Verbindungen ein so großes Sicherheitsrisiko sah, daß er den Außenminister

⁷³ Präzise Angaben lassen sich aufgrund der Quellenlage nicht machen, doch erscheint die von Schmidt im Rahmen seiner Befragung gemachte Angabe, daß das Verhältnis auch nach der organisatorischen Neuregelung aufgrund der persönlichen Beziehungen sehr gut gewesen sei, durchaus glaubwürdig.

⁷⁴ Willi A. Boelcke, Geburt und Ende einer „internationalen“ Rundfunknachrichten-Agentur, in: Rundfunk und Fernsehen, 21 (1972/73), S. 198–225, bes. S. 199–203.

⁷⁵ Ebenda, S. 206.

⁷⁶ Ebenda, S. 207–215.

Ende November aufforderte, das Unternehmen sofort einzustellen.⁷⁷ Die Rundfunkabteilung konnte sich zwar des Rückhalts des SD versichern, der sein Interesse an der Agentur bekundete⁷⁸, doch nun machte Dietrich in der Angelegenheit Mundial den „ihm vom Führer übertragenen generellen Anspruch auf die Nachrichtenpolitik“ geltend.⁷⁹ Doch nicht allein diese Intervention Dietrichs, sondern vor allem die Erfolglosigkeit des Projekts in der Praxis führten zu Überprüfungen der Agentur durch das Auswärtige Amt, die mit dem Vorschlag endeten, „das ursprüngliche Projekt fallen zu lassen“.⁸⁰ Es stellte sich heraus, daß die meisten neutralen europäischen Staaten eine neue Agentur nicht zulassen wollten, Mundial praktisch keine Abnehmer gefunden hatte und seine Zweigstellen nur als „Gebestellen“ nach Berlin berichteten, so daß man – nicht ohne vorher verschiedene neue Aufgabenstellungen zu erörtern – die Agentur auflöste.⁸¹

5. Korrespondenzen und Pressedienste

Die Presseabteilung des AA unterhielt, wie bereits erwähnt, einen Artikeldienst, die „Europäische Korrespondenz“, die unter der Leitung von v. Studnitz in 18 „Sprach-Redaktionen“ etwa 50 meist ausländische journalistische Mitarbeiter beschäftigte.⁸² Mit der „Deutschen Diplomatischen Korrespondenz“ verfügte die Abteilung (unter der Schriftleitung Braun v. Stumms, ab 1944 ebenfalls v. Studnitz) über einen in seinem Informationsgehalt relativ zurückhaltenden, offiziösen Informationsdienst, der in erster Linie für die in Berlin akkreditierten ausländischen Journalisten bestimmt war.⁸³

Die neben diesen beiden Einrichtungen bestehenden Auslandsdienste ressortierten ganz überwiegend beim Propagandaministerium. Eine zentrale Stellung nahm hier das „Auslandspressebüro“⁸⁴ ein. Dem 1935 ins Leben gerufenen Büro oblag die Versorgung der deutschsprachigen Presse im Ausland mit Artikeln und die Subventionierung der im Reichsbesitz befindlichen volksdeutschen Blätter. Im Laufe der Zeit entwickelte es sich mehr und mehr zu einer Zentrale, über die Presseeinrichtungen⁸⁵, deren Abhängigkeit vom Propagandaministerium nicht offensichtlich werden sollte, finanziert und dirigiert wurden. Ein im Ausland aufgebautes Netz von – meist auslands-

⁷⁷ Ebenda, S. 216.

⁷⁸ Ebenda, S. 218; Aufzeichnung Rühle v. 10.3.42, Druck in: Schnabel, a.a.O., Dok. 12, S. 42–44. Trotz dieses Interesses des SD kann Schnabel seine Behauptung, die Agentur habe in erster Linie geheimdienstlichen Zwecken dienen sollen (S. 14), nicht belegen.

⁷⁹ Rühle an Krümmer, 8.1.42, Druck in: ebenda, Dok. 6, S. 27. Ein weiterer Vorstoß Dietrichs bei Schmidt (Presseabt.) v. 4.3.42: ebenda, Dok. 11, S. 38–41.

⁸⁰ Aufzeichnung Schirmer, 13.3.42: ebenda, Dok. 17, S. 53–59.

⁸¹ Boelcke, Geburt, S. 223–225.

⁸² Befragung v. Studnitz; der Artikeldienst war 1940 zusammen mit seinem Leiter von der Informationsabteilung übernommen worden. Siehe dazu die „Gehaltsaufstellung“ in AA, Kult.Pol.Geh., Abt.Inf. 24, Bd. 1.

⁸³ v. Studnitz, Seitensprünge, S. 262; Befragung v. Studnitz.

⁸⁴ Boelcke, Kriegspropaganda, S. 154 f.

⁸⁵ Über das Auslandspressebüro wurden finanziert: die Pressebeiräte an den Missionen (bis 1938), die Nachrichtenagenturen (Boelcke, Kriegspropaganda, S. 155, Anm. 85) sowie verschiedene deutschsprachige Zeitungen im Ausland (ebenda, S. 154, Anm. 82, u. BA, R 55/277, Etatentwurf des Auslandspressebüros f. 1941/42, 182–194).

deutschen – Vertrauensleuten trug außerdem Informationen zusammen, die in einem vertraulichen „Auslandsdienst“⁸⁶ an Reichs- und Parteistellen weitergegeben wurden. Leiter des Auslandspressebüros, dessen Berliner Zentrale nur über einen kleinen Arbeitsstab⁸⁷ verfügte, war der Zeitungswissenschaftler Walter Heide. Ob sich aufgrund dieser personellen Konstellation oder auf anderen Wegen für das AA Möglichkeiten zur Einflußnahme auf das Büro ergaben, läßt sich angesichts der schlechten Quellenlage nicht sagen.

Über die Aufgaben eines Pressedienstes hinaus entfaltete der „Aufklärungs-Ausschuß Hamburg-Bremen“⁸⁸ eine umfassende propagandistische Tätigkeit. Der Ausschuß, der 1923 von hanseatischen Wirtschaftskreisen gegründet worden war, um auf der Basis bestehender Handelsbeziehungen im Ausland ein deutschfreundliches Klima zu schaffen und die Aufnahmebereitschaft für deutsche Exporte zu steigern, wurde 1933 dem Propagandaministerium unterstellt. Zu den Aufgaben der Organisation, die über 350 „Vertrauensleute“ im Ausland verfügte, gehörten die Lancierung von Artikeln, die Verbreitung eines Matern- und Bilderdienstes, der Versand von Propagandamaterialien über Privatadressen, der Verlag von Büchern im Ausland sowie die Herausgabe eines „Vertraulichen Informationsdienstes“, der „nur für einen eng beschränkten, vom Reichspropagandaministerium genehmigten Kreis von Beziehern“ bestimmt war; außerdem waren ihm zahlreiche, meist getarnte Propagandaeinrichtungen im In- und Ausland angeschlossen.⁸⁹

Eine weitere, für das Ausland bestimmte Korrespondenz wurde 1934 mit dem „Dienst aus Deutschland“ gegründet. Dem „DaD“ wurde von Anfang an die Aufgabe gestellt, durch einen deutlich von der sonstigen deutschen Propaganda zu unterscheidenden moderaten Ton Eingang in die prinzipiell nicht deutsch-freundliche Presse des Auslands zu suchen. Im einzelnen bedeutete dies, daß „die Gestaltung und Inhaltsgebung des DaD nach rein journalistischen Gesichtspunkten, in voller Unabhängigkeit erfolgen“, auf „die negative Methode der reinen Greuel- und Lügenabwehr“ möglichst verzichtet werden und „der gesamte Inhalt des DaD sprachlich auf den Ton und das Interesse der Auslandspresse abgestimmt werden“ sollte.⁹⁰ Diesem redaktionellen Programm entsprach auch die personelle Zusammensetzung der DaD-Spitze: Verlagsleiter wurde der ehemalige Zentrumspolitiker Hermann Katzenberger, der vor 1933 Referatsleiter in der Presseabteilung der Reichsregierung gewesen war und so

⁸⁶ AA, PresseAbt. Deutschland 6, Bd. 2, AA an Dt. Bots., Washington, 24.1.36.

⁸⁷ Vgl. dazu: BA, R 55/208, Vermerk Propagandaministerium über Besprechung Haushalt Auslandspressebüro, 28.2.42. Danach waren in der Zentrale zehn, im Auslandsdienst zwölf Personen beschäftigt.

⁸⁸ Schwarzenbeck, a.a.O., S. 54–64; BA, R 55/1425, Der Aufklärungs-Ausschuß Hamburg-Bremen und seine besonderen Aufgaben, 22.12.38, 2–5; Übersicht über Organisation und Tätigkeit des Aufklärungs-Ausschusses Hamburg-Bremen ..., Okt. 1938, 6–13; BA, R 55/383, Leiter Abt. Auslandspresse an Goebbels, 1.12.39, 38–40.

⁸⁹ BA, R 55/1425, Übersicht ..., 6–13.

⁹⁰ AA, PresseAbt., Deutschland 6, Bd. 1, Aufzeichnung „Dienst aus Deutschland“, vermutlich Sommer 1934, 020–022; vgl. auch Schwarzenbeck, a.a.O., S. 83–89, der sich vor allem auf die Dissertation von Jutta Kroath, Die propagandistische Vorbereitung der nationalsozialistischen Expansionsbestrebungen 1934–1938 durch den „Dienst aus Deutschland“, Wien 1962, stützt. Diese Arbeit bietet eine inhaltliche Analyse der DaD-Meldungen, während die Organisation und die personelle Zusammensetzung des Dienstes der Verfasserin weitgehend verborgen blieben. Weitere Angaben erbrachte die Befragung Claus.

dem Auswärtigen Dienst als Vortragender Legationsrat angehörte. Im Oktober 1932 in den einstweiligen Ruhestand versetzt, wurde Katzenberger zwischen 1934 und 1938 (neben seiner Tätigkeit beim DaD) wieder kommissarisch in der Presseabteilung des AA beschäftigt. Als wichtigste journalistische Mitarbeiter des Dienstes fungierten Max W. Clauss, vormals für die DDP tätig, der ehemalige DDP-Abgeordnete Ernst Lemmer sowie Georg Dertinger.⁹¹

Nach einer Anlaufphase konnte der Dienst aus Deutschland seine Tätigkeit erheblich ausbauen: sein deutscher Dienst erschien zweimal täglich, getarnt unter einem anderen Verlagsnamen kamen eine französische, eine englische und eine spanische Ausgabe heraus.⁹² Da es Aufgabe des DaD war, „solche Fragen [zu] behandeln, deren Erörterung in der deutschen Öffentlichkeit nicht geboten erscheint oder untersagt ist“, wurde zunächst strikt darauf geachtet, den Dienst „weder inländischen Zeitungen noch ausländischen Korrespondenten in Deutschland“ auszuhändigen.⁹³ Im Laufe der Zeit änderte sich diese Praxis: der Dienst prierte beispielsweise gegenüber dem AA seine Qualität, indem er „die bedeutendsten Auslands-Journalisten in Berlin“ als seine regelmäßigen Bezieher nannte.⁹⁴

Kurz nach Kriegsbeginn interessierte sich auch das Auswärtige Amt für den Dienst; unter anderem durch die Einberufung Katzenbergers in das Amt erhoffte man sich vermutlich eine größere Einflußnahme auf den DaD.⁹⁵ In einem internen Papier der Presseabteilung wurde vorgeschlagen, den DaD statt der relativ langsam eintreffenden Tagespresse zur „Unterrichtung der Vertretungen und zur Sprachregelung der im Auslande tätigen deutschen Schriftleiter und DNB-Vertreter“⁹⁶ zu übernehmen. Bei einigen Missionen wurde von dieser Informationsmöglichkeit schon Gebrauch gemacht. Damit war durch die strikten Informationsbeschränkungen innerhalb der NS-Bürokratie die absurde Situation entstanden, daß ein ursprünglich zur Beeinflussung der Auslandspresse geschaffener Informationsdienst nun selbst zur Unterrichtung amtlicher Stellen angefordert wurde – die durch seine Aufgabenstellung bedingte großzügigere Form der Berichterstattung nahm man dabei wohl gerne in Kauf.

Mit dem sich zunehmend verhärtenden Verhältnis zwischen Auswärtigem Amt und Propagandaministerium wurde auch der DaD zum Gegenstand von Konflikten. Insbesondere schien man im AA Anstoß daran zu nehmen, daß hier eine relativ unabhängige Einrichtung auf außenpolitischem Terrain propagandistisch agierte, ohne daß

⁹¹ Munzinger-Archiv; Befragung Clauss. Zu Katzenberger ferner Auskunft (Karrieredaten) durch Politisches Archiv; vgl. auch: Der Spiegel 1950, Nr. 12, S. 5. Die personelle Konstellation im DaD ist auch aus der Perspektive der Nachkriegsgeschichte von Interesse: Dertinger, Katzenberger und Lemmer waren führend bei der Gründung der CDU in der sowjetischen Zone beteiligt. Katzenberger wurde dann Pressechef der nordrhein-westfälischen Landesregierung, 1949 Direktor des Sekretariats des Bundesrates, 1951 Gesandter in Dublin; Lemmer war Bundespost-, später gesamtdeutscher Minister, Dertinger erster Außenminister der DDR.

⁹² AA, PresseAbt., Deutschland 6, Bd. 1, „Bericht über das erste Jahr des Dienstes aus Deutschland“, Berlin 1935, 115 u. Jahresbericht 1935 des Verlages Deutschlanddienst GmbH/Ultra-press GmbH.

⁹³ Ebenda, Aufzeichnung „Dienst aus Deutschland“, vermutlich Sommer 1934, 020–022.

⁹⁴ Ebenda, Bd. 2, Heide an AA, 16.9.39, 220 f.

⁹⁵ Auskunft Politisches Archiv.

⁹⁶ AA, PresseAbt., Deutschland 6, Bd. 2, Schlemann an Schmidt, 26.9.39, 222f.

sie – trotz Beteiligung an der Finanzierung⁹⁷ – vom AA hätte kontrolliert werden können.

Im Januar 1941 startete die Presseabteilung eine Serie von Angriffen gegen den DaD. Am 3. Januar nahm Lohse einen Bericht des Dienstes zum Anlaß, um ihm vorzuwerfen, in der Tendenz „politisch schief“ zu liegen und zunehmend an Vertrauen bei den Auslandsjournalisten zu verlieren. Er forderte ihn auf, seine Berichtersteller auf der Pressekonferenz auszuwechseln.⁹⁸ Als der DaD in scharfer Form die Vorwürfe bestritt⁹⁹, kam es am Rande der Pressekonferenz zu einer Auseinandersetzung zwischen dem Vertreter des DaD und Lohse, in deren Verlauf dieser die Journalisten des Dienstes vor die Alternative stellte, „Idioten“ oder politisch unzuverlässig zu sein.¹⁰⁰ Nach diesem Vorfall glitt die Kontroverse auf Nebenschauplätze ab, so daß dem ursprünglichen Angriff Lohses die Spitze genommen war. Intern wurde in der Presseabteilung aber in vielen Fällen weiter Material gegen die mißliebige Agentur gesammelt: dem DaD wurde vor allem vorgeworfen, die amtlich vorgeschriebene „Geheimhaltung bzw. Zurückhaltung durch eine vorweggenommene Veröffentlichung“ durchkreuzt zu haben und in der Kommentierung ständig „über den gegebenen Rahmen“ hinauszugehen; als Fazit wurde die Entziehung „jeglicher Unterstützung dieses Dienstes seitens des AA“ vorgeschlagen.¹⁰¹

Ein Anlaß zum massiven Vorgehen fand sich im April, als der DaD einen in einer deutschen Zeitung erschienenen Aufsatz aufnahm und verbreitete, obwohl dessen Thema – die Erörterung der gerade heiklen jugoslawischen Frage – ausdrücklich gesperrt war. Man unterstellte dem Dienst, „allein aus dem Motiv heraus, ein Sensationsbedürfnis zu befriedigen“, gehandelt zu haben.¹⁰² Das Propagandaministerium war daraufhin gezwungen, dem ihm unterstehenden DaD seine Mißbilligung auszusprechen und den verantwortlichen Journalisten zu verwarnen.¹⁰³

Anfang Mai ließ die Presseabteilung einen weiteren Katalog von Beschwerden gegen den Dienst folgen, die in dem Vorwurf gipfelten, er füge „den politischen Interessen des Reiches schwersten Schaden“¹⁰⁴ zu. Als Folge der immer heftiger werdenden Kontroverse mußte Katzenberger auf Betreiben Schmidts seine Tätigkeit im AA beenden¹⁰⁵; darüber hinaus verband der Abteilungsleiter eine zur gleichen Zeit erfolgte Beschwerde gegen den DaD mit der Drohung, „im Wiederholungsfall ... die Frage des Weiterbestehens dieses Dienstes angesichts fortgesetzter Gefährdung der Reichsinteressen aufzuwerfen“.¹⁰⁶ Im August beanstandete die Presseabteilung erneut

⁹⁷ Ein Mitarbeiter der Presseabteilung regte u. a. die Einstellung eines nicht näher bezifferten „Zuschusses“ seitens des AA an: AA, PresseAbt., Propaganda Betr. Presse (DaD), Referent Bormann an Lohse, 17. 2. 42.

⁹⁸ Ebenda, Lohse an Dertinger, 3. 1. 41.

⁹⁹ Ebenda, Katzenberger an Lohse, 14. 1. 41.

¹⁰⁰ Ebenda, undatierte Aufzeichnung Lohses sowie Erklärung Katzenberger/Erythropel v. 6. 2. 41.

¹⁰¹ Ebenda, Bormann (Presseabteilung) an Lohse, 17. 2. 41.

¹⁰² Ebenda, Lohse an Schmidt, 5. 4. 41.

¹⁰³ Ebenda, Pressechef der Reichsregierung an Schmidt, 17. 4. 41.

¹⁰⁴ AA, PresseAbt., Personalien Katzenberger, Schmidt an Leiter Pers.Abt., m. Aufzeichnung v. 30. 4. 41.

¹⁰⁵ Auskunft Politisches Archiv.

¹⁰⁶ AA, PresseAbt., Propaganda Betr. Presse (DaD), Schmidt an Propagandaministerium (Entwurf Lohse), Juli 1941.

eine Meldung des DaD und brachte sie zusammen mit einer kleinen Materialsammlung über weitere Verstöße des DaD gegen Presseanweisungen dem Propagandaministerium zur Kenntnis.¹⁰⁷ Als man auf der anderen Seite der Wilhelmstraße auf diesen Vorwurf zunächst nicht reagierte, hakte man seitens des AA im Oktober nach und forderte erneut die Einstellung des Dienstes.¹⁰⁸ Im Propagandaministerium reagierte man gelassen, verwies auf die geringe Zahl der Beanstandungen im Vergleich zur Gesamtproduktion und ließ im übrigen durchblicken, daß der gelegentlich geringe außenpolitische Informationsstand des Dienstes auf mangelnde Fühlungnahme seitens der Presseabteilung des AA zurückzuführen sei.¹⁰⁹ Trotz dieser massiven Angriffe durch das AA blieb der DaD bis mindestens Anfang 1944 bestehen.¹¹⁰

¹⁰⁷ Ebenda, Schmidt an Propagandaministerium (Entwurf Lohse), 28. 8. 41.

¹⁰⁸ Ebenda, Schmidt an Propagandaministerium (Entwurf Lohse), 11. 10. 41.

¹⁰⁹ Ebenda, Presseabteilung der Reichsregierung an Presseabteilung des AA, 14. 10. 41.

¹¹⁰ So finden sich noch Exemplare des DaD von Januar 1944: ebenda.